

Gemeinde oder Dienstleistungsunternehmen

Bereits zuvor hatte ich beschrieben, warum sich in der Gemeinde Seehof, vergleichbar anderen Dörfern, keine traditionelle Dorfgemeinschaft ausbilden konnte und warum die meisten Einwohner keine gemeinsame Geschichte teilen. In diesem Abschnitt möchte ich eine weitere Folge hieraus darlegen, die man auch mit dem Wort „Entpflichtung“ beschreiben könnte.

In dem Wort **Kommune** ist das lateinische Wort „communis“ enthalten – also die Wortbedeutung von „gemeinschaftlich“, „allgemein öffentlich“ – „mehr als das einzelne Ich“. Die Worte **Gemeinde** oder **Kommune** betonen das Gemeinsame und Gemeinschaftliche – eben eine Zusammengehörigkeit. In einer funktionierenden Gemeinschaft (**Kommune**) gibt es so etwas wie eine ungeschriebene Pflicht zur Gegenseitigkeit und zum Beistand. Die Sozialstaatlichkeit in unserem Land baut auf die Nachrangigkeit öffentlichen Handels zugunsten gemeinschaftlicher Hilfe und Unterstützung und lebt davon, dass wir einander helfen und stützen – in der Familie, im Freundeskreis, in der Nachbarschaft, im Kiez Der Staat soll erst dann in die Pflicht genommen werden, wenn solche vorrangigen Unterstützernetze nicht mehr helfen können; das ist der Kern der Subsidiarität der Sozialpolitik in Deutschland.

Mir ist aufgefallen, dass der Staat (und dazu zählen auch unsere Gemeinden) zunehmend wie ein Dienstleistungsunternehmen betrachtet wird, auf deren Leistungen ein Jedermann/-frau

einen Rechtsanspruch hat. Richard David Precht schreibt in seinem 2021 bei Goldmann-München erschienen Buch „Von der Pflicht“, dass sich viele Bürger zunehmend als Kunde oder Konsument einer Gemeinde / eines Staates sehen, „ ... *der stets eines will: für sich das Beste. Tut der Staat nicht das, was ich von ihm erwarte, kündige ich meinen inneren Vertrag mit ihm und entpflichte mich vom Gemeinwohl.*“ (Seite 57).

Ein Bürgermeister wird demnach wie ein Geschäftsführer eines Dienstleistungsunternehmens betrachtet, da man ja schließlich Steuern zahlt und meint, somit einen Anspruch auf jegliche Leistung bei ihm einklagen zu können. Gegenüber einer öffentlichen Verwaltung mag dieses zum Teil richtig sein, aber ein ehrenamtlicher Bürgermeister ist allenfalls ein Mittler zwischen Bürger und Verwaltung; er ist kein Teil der Verwaltung. Er nimmt diejenigen Aufgaben wahr, die eine Amtsverwaltung nicht leisten kann: für ein Gemeinwohl zu sorgen, das von gegenseitiger Verantwortung, Hilfe und ehrenamtlichem Engagement geprägt sein sollte. Gerade in Krisenzeiten kann er derjenige sein, der wie ein Seismograf frühzeitig anzeigt, was nötig ist und wo im weitesten Sinne Hilfebedarf in der Gemeinde und bei einzelnen Bürgern besteht. Ein ehrenamtlicher Bürgermeister kann, frühzeitiger als jede Verwaltung, auf Fehlentwicklungen oder Bedarfe hinweisen. Er hat keine ordnungsrechtlichen Befugnisse und ist auch nicht für die Umsetzung von Beschlüssen zuständig, sondern zu allererst den Einwohnerinnen und Einwohnern seiner Gemeinde verpflichtet.

Je mehr es gelingt, in einer Dorfgemeinschaft positive Werte in Freizeitgruppen, bei Festen und Veranstaltungen, in Arbeitsgruppen und Ausschüssen, in Sport und Feuerwehr etc. zu erproben und zu leben, umso besser kann es um die eigene positive Werteausstattung der Einwohner insgesamt bestellt sein. „Je mehr Frustrierte sich zu Frustrierten gesellen,“, schreibt Precht in seinem o.a. Buch, „umso größer werden Aggression wie Neid, Wut und Hass.“ Wenn man in einer kleinen Gemeinde nicht mehr im Gespräch ist und die faire Auseinandersetzung mit dem Mitbürger oder politisch Andersdenkenden meidet, leidet die „communis“ und Mitmenschen ziehen sich zurück.

In Seehof hat es dahingehend nur kleine Erfolge gegeben. Zwar haben sich in den letzten vier Jahren einige Freizeit- und Gesprächsgruppen gebildet und einzelne Mitbürger engagiert, aber die allgemeine Unzufriedenheit, die naturgemäß nur wenig mit der eigenen Gemeinde zu tun hat, lässt sich angesichts zunehmender Politikverdrossenheit und unbestimmter Zukunftsangst einer großen Mehrheit kaum noch abstellen. Umso weniger man auf bewährte Traditionen für Konfliktlösungen zurückgreifen kann oder umso weniger es Gelegenheiten gibt, sich zwanglos bei Spiel, Spaß und Freude bei Feiern oder am Lagerfeuer zu begegnen, umso größer wird die Verbiesterung oder der Rückzug ins Private: *„Ich selbst bin mir die wichtigste Person – was geht mich mein Nachbar an!“*

Als Bürgermeister habe ich aber auch viel Dankbarkeit und Ermutigung erlebt. Solche Rückmeldungen erreichten mich oft in Mails und in etlichen Bürgergesprächen sowie bei Haus-

besuchen anlässlich von Geburtstagen und Jubiläen. Vor dem Hintergrund vieler Konflikte in der Gemeindevertretung waren solche Rückmeldungen von Einwohnern eine Stärkung für mich und vermittelten mir, auf dem richtigen Weg zu sein. Häufig waren Einwohner auch überrascht, wie zeitnah ich als Bürgermeister auf Anfragen und Beschwerden reagiert habe. Mit einer kurzen Antwort oder einer fachgerechten Vermittlung zum Amt konnten viele Sorgen und Anfragen von Einwohnern somit unkompliziert gelöst werden. Meine Erfahrung ist daher ganz einfach: Ein Bürgermeister als „Mittler“ beweist sich nicht durch große Projekte, Reden, Zeitungsartikel oder durch juristische Auseinandersetzungen, sondern durch die Nähe, die er zu den Einwohnern hat.